

**Ausschuss für Wohnen,
Stadtentwicklung, Bauwesen
und Kommunen**



Deutscher Bundestag

Ausschussdrucksache: 20(24)182

Datum: 10.10.2023

**Schriftlicher Bericht des BMWSB
zum Umgang mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu § 13b BauGB
(Urteil v. 18.07.2023 - BVerwG 4 CN 3.22)**



Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen

Bericht für die 51. Sitzung des Bauausschusses des Deutschen Bundestages
am 11. Oktober 2023

9. Oktober 2023

Umgang mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu § 13b BauGB (Urteil v. 18.07.2023 - BVerwG 4 CN 3.22)

1. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18. Juli 2023 (Az.: 4 CN 3.22)

Nach § 13b Baugesetzbuch (BauGB) konnten Außenbereichsflächen unter bestimmten Voraussetzungen im beschleunigten Verfahren ohne förmliche Umweltprüfung überplant werden. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat am 18. Juli 2023 im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens nach § 47 VwGO unter Aufhebung der anderslautenden Entscheidung des VGH Mannheim einen nach § 13b BauGB aufgestellten Bebauungsplan der Gemeinde Gaiberg (BW) für unwirksam erklärt. Die Unwirksamkeit wurde damit begründet, dass § 13b BauGB mit Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (SUP-Richtlinie) unvereinbar ist. Dem Urteil zufolge ist es nach den Vorgaben der SUP-Richtlinie ausgeschlossen, Planungen zur baulichen Entwicklung des vormaligen Außenbereichs (§ 35 BauGB) von der Pflicht zur Durchführung einer förmlichen Umweltprüfung vollständig auszunehmen (Rn. 15 des Urteils). Das BVerwG verweist auf das Ziel der SUP-Richtlinie gemäß ihres Artikels 1, im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ein hohes Umweltschutzniveau sicherzustellen und dazu beizutragen, dass Umwelterwägungen bei der Ausarbeitung und Annahme von Plänen und Programmen einbezogen werden (Rn. 11). Dieses Ziel ist nur dann erfüllt, wenn die Ergebnisse der Umweltprüfung sich potenziell auf den Planinhalt auswirken können.

Das BVerwG hat geprüft, ob der Verfahrensfehler der fehlenden förmlichen Umweltprüfung nach §§ 214, 215 BauGB unbeachtlich sein könnte; im Ergebnis verneint es dies.

2. Folgen des Urteils

Wegen des dem Europarecht zukommenden Anwendungsvorrangs hat das Urteil des BVerwG, über den entschiedenen Fall hinaus, zur Folge, dass § 13b BauGB seit dem 18. Juli 2023 nicht mehr angewendet werden darf. § 13b BauGB war ohnedies befristet. Schon seit Beginn des Jahres 2023 konnten Planverfahren nach dieser Vorschrift nicht mehr neu eingeleitet werden. Begonnene Verfahren mussten bis Ende 2024 abgeschlossen werden.

Für die Praxis bedeutet das Urteil:

(1) Nach § 13b BauGB begonnene, aber noch nicht durch Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses beendete Bebauungsplanverfahren können nicht nach dieser Vorschrift weitergeführt werden. Will die Gemeinde den Bebauungsplan dennoch erlassen, muss sie nach jetziger Rechtslage das Bebauungsplanverfahren auf Grundlage der regulären Vorschriften (§§ 8 ff. BauGB) neu beginnen.

(2) Bei Bestandsplänen ist zu unterscheiden:

a) Pläne, bei denen innerhalb eines Jahres die fehlende förmliche Umweltprüfung oder ein anderer Verfahrensfehler schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind, leiden unter einem beachtlichen Verfahrensfehler (vgl. § 215

BauGB). Für die Heilung eines solchen Fehlers steht das ergänzende Verfahren nach § 214 Absatz 4 BauGB zur Verfügung. Die Ergänzung kann jedoch nicht nach dem Regelungsprogramm des § 13b BauGB erfolgen, da dieser unanwendbar ist. Auch hier ist nach jetziger Rechtslage auf die regulären Vorschriften für die Aufstellung von Bebauungsplänen zurückzugreifen.

Baugenehmigungen können auf Grundlage eines solchen fehlerhaften Plans nicht erteilt werden. Ggf. kommt die Erteilung einer Baugenehmigung auf Grundlage von §§ 34, 35 BauGB in Betracht.

b) Bestandspläne die nicht nach § 13b BauGB innerhalb der Jahresfrist angegriffen worden sind, leiden nicht unter einem beachtlichen Verfahrensfehler; für diese Pläne besteht kein Handlungsbedarf. Baugenehmigungen können auf Grundlage solcher Pläne erteilt werden.

3. Gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten

Rechtlich zwingender gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht nicht. Mit den regulären Vorschriften für die Aufstellung von Bebauungsplänen steht ein Instrumentarium zur Verfügung, um begonnene § 13b-Bebauungsplanverfahren zu Ende zu führen bzw. fehlerhafte Pläne zu heilen.

Indes ist die Entscheidung des BVerwG für viele Gemeinden und Bauherren überraschend gekommen und hat erhebliche Verunsicherung ausgelöst. Die Betroffenen konnten die Unvereinbarkeit des § 13b BauGB mit dem Unionsrecht weder beeinflussen noch verhindern. Sie haben in aller Regel auf die Rechtmäßigkeit der gesetzlichen Vorgaben vertraut und durften dies auch. Bezüglich des weiteren Umgangs mit § 13b-Plänen ist daher eine rechtliche Klärung durch den Gesetzgeber aus Sicht des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) sinnvoll und geboten.

Die gesetzgeberischen Handlungsoptionen bewegen sich dabei zwischen zwei Polen: einerseits sind die europarechtlichen Vorgaben zwingend einzuhalten, andererseits sollen Erleichterungen gegenüber dem regulären Verfahren möglichst fortbestehen.

Nach den Vorgaben der SUP-Richtlinie müssen die betroffenen Gemeinden in jedem Fall – dies hat das BVerwG klargestellt – eine der SUP-Richtlinie genügende Einzelfallprüfung (Vorprüfung) durchführen. Darin ist anhand bestimmter Kriterien und unter Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu prüfen, ob der Plan voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hat.

Kommt die Gemeinde zu dem Ergebnis, dass der Plan voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen hat, kann sie weiterhin von der Durchführung einer vollwertigen Umweltprüfung absehen und auch auf das Erfordernis eines naturschutzrechtlichen Eingriffsausgleichs kann, europarechtlich, verzichtet werden.

Hat der Plan nach dem Ergebnis der Einzelfallprüfung jedoch voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen, muss die Gemeinde aufgrund der europarechtlichen Vorgaben eine vollwertige Umweltprüfung durchführen. Die Gemeinde muss die Umweltauswirkungen des Plans nach dem Ergebnis der Umweltprüfung in der Abwägung berücksichtigen. Die Pflicht, sämtliche relevanten Umweltbelange in der Abwägung zu

berücksichtigen, greift im Übrigen unabhängig von der Frage der Rechtmäßigkeit des § 13b BauGB, der diesbezüglich zwar Verfahrenserleichterungen, aber keine materiellen Erleichterungen enthielt.

Nicht europarechtlich determiniert sind die sonstigen Verfahrenserleichterungen des § 13b BauGB, namentlich der Verzicht auf die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung sowie das Absehen vom Gebot der Entwicklung des Bebauungsplans aus dem Flächennutzungsplan.

Der wegen des dem Europarecht zukommenden Anwendungsvorrangs ohnehin nicht mehr anwendbare § 13b BauGB könnte deklaratorisch aufgehoben werden.

Im Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen für die 20. Legislaturperiode ist ungeachtet des Urteils des BVerwG vereinbart, § 13b BauGB nicht weiter zu verlängern.

4. Aktivitäten des BMWSB

Das BMWSB hat die Länder und kommunalen Spitzenverbände am 23. August 2023 zu einer Besprechung über die Folgen des Urteils des BVerwG eingeladen. Aus diesem Diskussionsprozess sind vorläufige bauplanungsrechtliche Handlungsempfehlungen für die Kommunen zum Umgang mit der Situation hervorgegangen, die Anfang September auf der Homepage des BMWSB veröffentlicht worden sind. Die Länder haben angekündigt, diese bauplanungsrechtlichen Hinweise durch Hinweise zum Baugenehmigungsverfahren zu ergänzen. Die Handlungsempfehlungen waren "vorläufig", da zu diesem Zeitpunkt die schriftliche Urteilsbegründung des BVerwG noch nicht vorlag.

Nachdem das BMWSB die am 11. September 2023 durch das BVerwG veröffentlichten Urteilsgründe ausgewertet hat, hat es einen Regelungsvorschlag zur Änderung des BauGB erarbeitet, mit dem aufgezeigt werden soll, wie die Kommunen die nach § 13b BauGB begonnenen Bebauungsplanverfahren europarechtskonform zu Ende führen bzw. fehlerhafte §13b-Bebauungspläne europarechtskonform heilen können. Der Vorschlag wird derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt.